

Winter  
2002

## Der DGB des 21. Jahrhunderts

 DIE 16. DGB-BUNDESJUGENDKONFERENZ  
 UND IHRE GEWERKSCHAFTSJUGEND.

VON JÜRGEN KIONTKE

### inhalt

#### 2 auftakt

- **Sind wir niedlich?**  
Aus Grußworten und Reden

#### 3 debatte

- **Das Kreuz mit dem Krieg**
- **„Umlage nutzt nichts“ – SPD-Generalsekretär Franz Müntefering auf dem Heißen Stuhl**

#### 4 konkrete politik

- **Anträge: Zur Not JUMP**

#### 6 thema

- **Globalisierung: „Wir brauchen den Zugang“ – die DGB-Jugend will sich stärker in die politische Debatte einmischen und beschließt den Beitritt zum globalisierungskritischen Netzwerk Attac.**

#### 7 forum

- **„DGB macht Spaß“: Meinungen zur 16. Bundesjugendkonferenz**

#### 8 echo

- **Die Presse**

### EINE DOKUMENTATION

## Die 16. DGB-Bundesjugendkonferenz

Alle vier Jahre trifft sich die Gewerkschaftsjugend zur großen Konferenz. Am 29. November 2001 war es wieder so weit: 98 Delegierte verhandelten drei Tage lang über 66 Anträge, 26 Änderungs- und acht Initiativanträge. Zum Ausspannen dienten Termine auf der Salsa-Nacht und der Bowlingbahn. Harte Arbeit, Politik, Diskussionen bis der Arzt kommt, Spaß bis über die Ohren („Endlich lerne ich dich mal kennen“): Eine Bundesjugendkonferenz ist zuallererst ein soziales Erlebnis. Soli aktuell dokumentiert mit der vorliegenden Ausgabe drei besondere Tage.

Das Frankfurter Bankenviertel gehörte an diesem Sonabend der Gewerkschaftsjugend“, steht in der Zeitung, der Bundesjugendsekretär des DGB, Roland Schinko, sagt: „Man muss viele Jahre zurückschauen, um eine Aktion ähnlichen Kalibers zu finden.“ Und wir schreiben: „Die DGB-Jugend wird immer dann der Sand im Getriebe sein, wenn Politiker ihre Versprechen nicht einlösen.“

Wir befinden uns im Jahr 1998, haben mit unserem Aktionsfestival den Politikwechsel im Visier: Kohl muss weg, so lautet die Botschaft der 30.000 Gewerkschaftsjugendlichen, die sich für ein Wochenende Deutschlands Geldzentrale ausgeliehen haben. Mit Folgen: Die DGB-Jugend, mit 560.000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband hierzulande, hilft mit, den alten Kanzler zu verschrecken.

Drei Jahre Rot-Grün später – in Berlin findet die 16. DGB-Bundesjugendkonferenz statt. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt, von Umlage ist keine Rede mehr, dafür gehört Krieg zum Alltag, so wie die fortgesetzte Demontage der Sozialsysteme. Das Getriebe ist gut geölt, und man selbst ein wenig müde und mit wehmütigen Erinnerungen in Frankfurt.

Was können wir von dieser Regierung noch erwarten, die sich mehr um die Generation 45+ als um irgendwelche Jugendlichen kümmert? Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nähert sich derjenigen der Gewerkschaftsjugendlichen bedrohlich an.

In vielen Bereichen ist Neupositionierung notwendig: „Wir müssen wieder politischer werden“, glaubt nicht nur DGB-Bundesjugendsekretärin Claudia Meyer. Fazit: Unsere Politik muss unabhängig von Parteien sein.

Aber für einen überzeugenden politischen Einsatz braucht es auch eine Vision. Sie heißt: Politik von unten. Es gilt, Alternativen zum angeblich so alternativen gesellschaftlichen Zustand zu entwickeln und eine Bündnispolitik jenseits der Parteien zu verfolgen. Erster Schritt: die Mitgliedschaft im Antiglobalisierungsbündnis Attac – das Interesse an weltweiten Zusammenhängen rückt wieder ins Zentrum. Unabhängigkeit – sie bedeutet den Konferenzdelegierten in Berlin: Glaubwürdigkeit. Und sie soll das Profil der DGB-Jugend in den nächsten Jahren ausmachen.

Das war auf der Bundesjugendkonferenz die gemeinsame Erkenntnis jenseits aller taktischen Sperenzchen, die manch Delegierter in Berlin leider auch an den Tag legte. Die aber immerhin auch zeigen: Jede Menge Energie ist da.

Politik und Spaß – diese Verbindung ist für viele jetzt schon Programm. Oder mit den Worten eines jungen Gewerkschafters ausgedrückt: „Gebt den Linken mehr zu trinken.“ Denn mit mieser Laune lässt sich – wer, wenn nicht wir – das gestellte Ziel des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte nicht verwirklichen: „Die Gewerkschaftsjugend ist der DGB des 21. Jahrhunderts.“

Geschenkt kriegt man nichts; in diesem Sinne wird ab sofort nicht mehr wehmütig zurück-, sondern kraftvoll nach vorne geschaut. ■



# Sind wir niedlich?

■ Erstens: Die Mehrheit der Jugendbildungsreferenten ist nur für zwei Jahre beschäftigt. Dieses werden wir ändern: Der Geschäftsführende Bundesvorstand schlägt vor, die Verträge dieser Jugendbildungsreferenten auf fünf Jahre zu verlängern. Zweitens: Die Jugendbildungsstätten in Hattingen und in Oberursel bleiben erhalten. Drittens: Die Gewerkschaftsjugend erhält die Mittel, die sie für ihre Arbeit braucht. Dazu gehören auch Mittel für ein neues Kommunikationsmedium. Ihr – die Gewerkschaftsjugend –, ihr seid der DGB des 21. Jahrhunderts.



Dieter Schulte, DGB-Vorstandsvorsitzender

■ Jugendarbeit wird vielfach nicht ernst genommen und oft wird übersehen, dass viele Kolleginnen und Kollegen einen Großteil ihrer Freizeit in ehrenamtliches gewerkschaftliches Engagement investieren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle allen in der Gewerkschaftsjugend Aktiven ausdrücklich meine Anerkennung und meinen Dank für ihre Arbeit aussprechen. Jugend ist nicht unpolitisch. Gewerkschaftsjugend erst recht nicht. Jugendliche stellen Forderungen. Diese mögen manche irgendwie niedlich oder vielleicht auch störend finden. Wenn wir aber Jugendliche und ihre Forderungen nicht ernst nehmen, dann müssen wir uns



über Mitgliederverluste nicht wundern und können in absehbarer Zeit die Türen der Gewerkschaftsbüros für immer abschließen.

Ingrid Sehrbrock, DGB-Vorstand

■ Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen ist die wahrscheinlich schlimmste Form von Arbeitslosigkeit. Es ist das Krebsgeschwür einer auf Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft. Wer Jugendarbeitslosigkeit stillschweigend hinnimmt, geht mit der Zukunft dieser Gesellschaft verantwortungslos um. Erfolgreiche Lehrstellensuche und Arbeitslosigkeit treffen junge Menschen in wichtigen Phasen ihres persönlichen Entwicklungsprozesses. Ein misslungener Einstieg in die Arbeitswelt birgt die Gefahr von Perspektivlosigkeit und gesellschaftlicher

Isolation in sich. Die Bundesregierung war und ist nicht gewillt, dieses Problem tatenlos hinzunehmen. Sie hat es ganz oben auf ihrer Tagesordnung platziert. Es war deshalb auch eine der ersten Amtshandlungen, das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – JUMP – aufzulegen.

Walter Riester, Arbeitsminister (SPD)

■ Der Konferenz wünsche ich Beschlüsse, die die DGB-Jugend und damit den DGB insgesamt voranbringen, politische Streitlust und persönliche Harmonie.



Günter Dickhausen, DGB-Vorstand

■ Von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bis zur Eindämmung von Gewalt und Hass reichen die Aufgabenfelder, in denen immer noch viel zu tun ist. Ich wünsche euch dafür den nötigen Biss für die Sache, ausreichend Hartnäckigkeit bei der Verfolgung der Ziele und den richtigen Blick für strategische Bündnisse. Ich habe inzwischen zwar ein wenig die Seite gewechselt, aber als Jugendministerin des Saarlandes bleibe ich am Ball.

Regina Görner, Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes (CDU)

■ In den Betrieben und Ausbildungsstätten in Deutschland, in den multinationalen Unternehmen und Konzernen, in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation WTO, im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank – wir treten für die grundlegenden Rechte bei der Arbeit ein und kämpfen für eine nachhaltige Entwicklung zum Nutzen aller Menschen. Die DGB-Jugend hat hierzu einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Heinz Putzhammer, DGB-Vorstand



■ Mit der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an demokratische Beteiligungsformen leisten Sie einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag. Über Ihr Projekt Courage

habe ich mich besonders gefreut, da Sie mit dieser Initiative, die gezielt in der Lebenswelt junger Menschen ansetzt, viele junge Menschen zu demokratischem Handeln, Toleranz und insbesondere Zivilcourage ermutigen und damit einen nachhaltigen Beitrag gegen Rechtsextremismus leisten.

Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (SPD)

■ Angesichts der Vielfalt des von Ihnen Unternommenen erweist sich die pauschale Klage von der unpolitischen Jugend als unzutreffend. Politik kritisch zu begleiten ist eine verantwortungsvolle Aufgabe.



Maria Böhmer, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages



■ Ein kluger Kopf hat einmal gesagt, auch die Jugend komme nicht um das Problem der schwer erziehbaren Erwachsenen herum – er meinte damit nicht mehr und nicht weniger, als dass wir alle uns die Fähigkeit zum Kompromiss und den Blick für die Realitäten bewahren müssen.

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD)

■ Die Wirtschaft zieht sich weiter aus der Ausbildungsverantwortung zurück und das duale System weicht zunehmend einem Maßnahmedschungel, der von niemandem mehr überblickt werden kann. Jetzt wäre es Zeit für die Bundesregierung, auf ihre im Koalitionsvertrag angekündigten gesetzgeberischen Maßnahmen zur Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen zurückzukommen. Die Vorschläge für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes von der GEW und ver.di finden unsere volle Unterstützung. Auch die Umlagefinanzierung ist nach wie vor aktuell.



Maritta Böttcher, Bildungs- und hochschulpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion



# Das Kreuz mit dem Krieg

debatte

Bei der Podiumsdiskussion zur Eskalation des Terrors und ihren Folgen blieben neue Erkenntnisse aus. Von **Beate Willms**

Schon bei der Durchsicht der Initiativanträge war klar, dass die „Eskalation des Terrors und ihre Folgen“ einfach auf der Tagesordnung stehen musste: Drei von acht beschäftigten sich mit dem Krieg in Afghanistan, Bundeswehreinheiten und dem so genannten Sicherheitspaket der Bundesregierung. Bei der Podiumsdiskussion „Aus heiterem Himmel“ taten sich die Teilnehmer dann jedoch trotzdem recht schwer mit dem eigenen Zugang zum Thema. Gemeinsamer Tenor schließlich: Man müsse zeigen, dass Kriegsgegner eine Heimat in den Gewerkschaften haben.

Als Hauptproblem in der öffentlichen Debatte wurden die konsequente Militarisierung und die Verordnung einer „einseitigen Trauer“ ausgemacht. Bundesschülersprecherin Anna Weber erklärte, dass „der Krieg als Thema im Schulalltag nicht stattfindet“. Die Auseinandersetzung sei mit einer Schweigeminute nach den Anschlägen abgetan gewesen. Lehrer hätten durch die Bank abgelehnt, über Hintergründe zu diskutieren.

Ähnlich sei es in der politischen Praxis, berichtete die Bundestagsabgeordnete

Christa Lörcher (SPD), die bei der mit der Vertrauensfrage verknüpften Abstimmung gegen einen Bundeswehreinheitseinsatz gestimmt hatte. Als sich der Bürgermeister einer baden-württembergischen Kleinstadt kritisch zum Krieg gegen Afghanistan geäußert habe, habe er umgehend eine offizielle Rüge



aus dem Stuttgarter Regierungspräsidium bekommen.

Den Eindruck, dass Kritiker mundtot gemacht würden, unterstützte auch Andreas Lob-Hüdepohl, der als Direktor der Katholischen Fachhochschule in Berlin direkt mit der Rasterfahndung konfrontiert ist. „Sie wären erschrocken, wenn Sie wüssten, wie viele in das Verdachtsbild passen.“ Er wundere sich, dass es dagegen „keinen Aufschrei“ gebe. Ulrich Finckh, Vorsitzender

der Zentralstelle der Kriegsdienstverweigerer, meinte, man sei „schon ein Terroristensympathisant, wenn man nur irgendwas in Frage stellt“.

Das wollte Bruno Schoch von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung aber lieber konkreter haben: „Wann hat die DGB-Jugend denn mal gefordert, dass man in arabischen Staaten keine Gewerkschaften verbieten darf?“ Seine

Theorie: Religiöser Fanatismus entstehe, wenn autoritäre Systeme die politische Opposition in Moscheen oder Gotteshäuser verdränge.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer, dass sich die Probleme beim

Zusammenleben verschiedener Kulturen auch in den Betrieben seit der Mobilisierung gegen den Islam zwar verschärft hätten, nicht aber erst entstanden seien. Finckh: „Man ist oft unfähig, ein Gespräch in Gang zu bringen, obwohl man möchte.“

Manche Kollegen freuten sich dagegen ganz praktisch, wenn der muslimische und damit alkoholisch enthaltsam lebende Kollege die anderen nach der Betriebsfeier nach Hause fahre. ■

## HEISSER STUHL

### „Umlage nutzt nichts“



Was hat die Gewerkschaftsjugend noch von der Regierung zu erwarten? Um diese Frage zu klären, hatte die DGB-Jugend SPD-Generalsekretär Franz Müntefering eingeladen und auf den „Heißen Stuhl“ gesetzt. Und Folgendes hatte er zu sagen...

**...zur Umlagefinanzierung:** „Die Umlagefinanzierung war 1997 eine Forderung der SPD-Bundestagsfraktion. In den Wahlaussagen für 1998 der Bundespartei steht nicht drin, dass wir eine Umlagefinanzierung machen. Sie ist für uns kein Ziel, sondern nur ein Instrument, mit dem man das Ziel, Ausbildungsplätze zu schaffen, erreichen kann. Ich glaube, dass es richtiger ist, wenn wir dafür sorgen, dass unsere Betriebe wettbewerbsfähig sind, also eine vernünftige An-

gebotspolitik machen. Und dass wir das JUMP-Programm weiter machen.“

**...zur Ausbildungsmisere im Osten:** „In der Erfolgsbilanz von JUMP gibt es einen ganz großen Ausreißer: die neuen, die ostdeutschen Länder. Das hat damit zu tun, dass der Unternehmensbesatz dort so gering ist; dass man erst mal Unternehmen gründen müsste, um überhaupt einen Ort zu haben, wo man betriebliche Ausbildungsplätze bekommen kann. Da nützt auch eine Umlagefinanzierung nichts. Das wäre anders, wenn es darum gehen würde, außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren. Aber das kann man auch über Steuern machen.“

**...zu Wirtschaftswachstum mit Angebotspolitik:** „Wir bekennen uns dazu, dass wir Angebotspolitik machen. Das gehört dazu, wenn wir Wohlstand sichern wollen. Aber wir machen auch Nachfragepolitik. Wir haben die Lohnfortzahlung wieder eingeführt, wir haben den Kündigungsschutz wieder eingeführt, wir haben die Betriebsverfassung novelliert. Wir haben

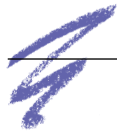
Schlechtwettergeld am Bau wieder eingeführt, wir haben mit einer Steuerreform für eine deutliche Entlastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesorgt, wir haben BAFÖG, Wohngeld, Erziehungsgeld erhöht. Ihr müsst euch bemühen, die Dinge objektiv zu sehen.“

**...zur Mitbestimmung von außerbetrieblichen Auszubildenden:** „Das Berufsbildungsgesetz muss sich in Bewegung setzen, um die Frage der Mitbestimmung der außerbetrieblichen Auszubildenden aufzunehmen und zu klären.“

**Eine Vision hatte Müntefering auch mitgebracht:** „Dass wir es in diesem Jahrzehnt noch schaffen, eine Politik zu machen, dass keiner von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit kommt.“

**Und wusste, worüber er lieber gesprochen hätte:** „Globalisierung, Europäisierung, Informations- und Kommunikationstechnologie. Und welche Veränderungen sich daraus für das System und die Demokratie, Mobilität und demografische Entwicklung ergeben.“

bw/jk



Von Christian Kühbauch

ARBEIT UND ARBEITSMARKTPOLITIK

## Arbeitslosigkeit bekämpfen

Die DGB-Jugend beurteilt die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung seit ihrer Wahl 1998 kritisch. So fordert die DGB-Bundesjugendkonferenz eine Überprüfung, ob das Bündnis für Arbeit bislang den Erwartungen entsprochen hat. Kriterium für diese Überprüfung soll u.a. sein, ob es durch das Bündnis gelungen ist, Arbeitslosigkeit abzubauen und ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicher zu stellen (**Antrag 5**).

Bereits 1999 wurden von der Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen zur Erteilung der originären Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Originäre Arbeitslosenhilfe erhielt zuvor, wer noch keine zwölf Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet hatte, aber dennoch gearbeitet hatte. Dies gilt z.B. für Lehramtsreferendare, aber auch für Polizisten und Zeitsoldaten. Die DGB-Bundesjugendkonferenz fordert daher die Wiedereinführung der originären Arbeitslosenhilfe (**Antrag 1**).

Die Neuerungen im SGB III, derzeit be-

kannt unter dem populären Namen Job-Aktiv-Gesetz, erfüllen eine Reihe von gewerkschaftlichen Forderungen. Dennoch stellt das Gesetz in der Arbeitsmarktpolitik aus Sicht der DGB-Jugend einen Schritt zurück dar. So gibt das Gesetz den lokalen Arbeitsämtern mehr Möglichkeiten Arbeitslosengeldempfänger zu sanktionieren, außerdem ermöglicht es, die Dauer der Arbeitnehmerüberlassung zu verlängern. **Antrag Nr. 6** fordert den DGB und seine Gewerkschaften dazu auf, gegen die negativen Auswirkungen dieses Gesetzes initiativ zu werden.

Das JUMP-Programm sieht die DGB-Jugend nach wie vor als ein Notprogramm an, das keinesfalls betriebliche Ausbildungs-



plätze ersetzen darf (**Antrag 15**). Die Maßnahmen von JUMP haben zwar in Einzelfällen Jugendlichen geholfen, häufig vermitteln sie aber nur in Warteschleifen und bieten keine langfristige Perspektive.

TARIFPOLITIK

## Kräftig zulegen

In der Tarifpolitik fordert die DGB-Bundesjugendkonferenz die Gewerkschaften auf, „kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen, und sich nicht durch Absprachen zu moderaten Lohnabschlüssen irreleiten zu lassen“ (**Antrag 3**). Außerdem wird ein verstärktes Bemühen zu einer weiteren Arbeitszeitverkürzung, sowohl auf tariflicher Ebene (Ziel: mindestens 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) als auch auf gesetzlicher Ebene (Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit) angemahnt (**Antrag 4**).

BERUFLICHE BILDUNG

## Zukunft nicht verpassen

Einer der Arbeitsschwerpunkte der DGB-Jugend im Jahr 2002 wird eine Kampagne zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes sein. Nachdem die Bundesregierung im Rahmen der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes keine Mitbestimmungsmöglichkeiten für Auszubildende in außerbetrieblichen Einrichtungen geschaffen hat, muss dies nun über eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes erfolgen. Damit verbunden ist auch, dass endlich das „Nachsitzen im Betrieb“ abgeschafft wird. Die DGB-Jugend wird daher beim anstehenden Gesetzgebungsprozess auch die volle Anrechnung der Berufsschulzeiten fordern (**u.a. Anträge 13 und 20**).

Eine der Kernforderungen der DGB-Jugend ist nach wie vor die gesetzliche Umlagefinanzierung, die gleich in mehreren Anträgen gefordert wird (**u.a. Antrag 16**). Viele Politiker haben vor Jahren die Umlagefinanzierung befürwortet und wollen sich nun, in der Regierungsverantwortung, nicht mehr an ihre Versprechen erinnern. Die DGB-Jugend sieht es als ihre Aufgabe

## Mehr Chancengleichheit in der Bildung

Stärker als in den vergangenen Jahren muss in Zukunft Bildungspolitik einer der Schwerpunkte der Arbeit der DGB-Jugend sein. Aktuelle Forschungsergebnisse (Pisa-Studie) zeigen, dass in kaum einem anderen Land die Bildung so sehr nach sozialer Herkunft differenziert ist wie in Deutschland. Statistiken belegen, dass der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien an den Hochschulen und Fachhochschulen ständig zurückgeht. Damit Bildung nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, muss hier gegengesteuert werden: Antrag 18 formuliert u.a. folgende Leitsätze:

- Allgemein zugängliche Bildung ist wesentlicher Bestandteil einer sozialstaatlich orientierten Demokratie
- Bildung und Ausbildung müssen als Vorgang gesellschaftlicher und individueller Emanzipation betrachtet werden

- Bildungsfinanzierung muss als gesellschaftliche Aufgabe grundsätzliche Verpflichtung des Staates sein.

An konkreten Maßnahme schlägt die DGB-Jugend u.a. vor:

- Eine bessere Qualität und eine bessere (technische) Ausstattung der Berufsschulen
- Größere Praxis- und Berufsorientierung in der Schule
- Mehr ganztägige Betreuungsangebote an den Schulen
- Hochschulzugang auch für Personen mit mehrjähriger Berufsausbildung und entsprechender Qualifizierung
- Verkoppelung der schulischen Bildung mit der Erwachsenenbildung und mit der beruflichen Weiterbildung
- Bildungszeitkonten auf betrieblicher Ebene.



an, nach wie vor an die Umlagefinanzierung zu erinnern. Nur mit diesem solidarischen Lastenausgleich kann langfristig ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden. Auch der in manchen Regionen von den Unternehmen beklagte Fachkräftemangel kann nur bekämpft werden, wenn hier gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit Betriebe die Fachkräfte von morgen ausbilden.

Auch die Qualität der Berufsausbildung darf nicht vernachlässigt werden (**Antrag 19**). In fast allen Bundesländern zeichnet sich in wenigen Jahren ein dramatischer Mangel an Berufsschullehrern ab. Die DGB-Jugend tritt dafür ein, dass zügig und kurzfristig etwas gegen diesen Mangel unternommen werden muss, gleichzeitig soll für die Zukunft die Ausbildung der Berufsschullehrern gesichert werden. ■



## Satzungsänderung

### Mehr Stimmrecht für die Jugend in den DGB-Gremien

Die Bundesjugendkonferenz hat folgenden Antrag angenommen und den DGB-Bundesjugendausschuss damit beauftragt, diesen an den DGB-Bundeskongress weiterzuleiten:

- Änderung § 12, Absatz 4: Die Kreisdelegiertenversammlungen\* bestehen aus gewählten Mitgliedern der Gewerkschaften und drei Delegierten des Kreisjugendausschusses
- Änderung § 11, Absatz 5: Sie (die Landesbezirkskonferenzen) bestehen aus gewählten Mitgliedern der Gewerkschaften und drei Delegierten des Landesjugendausschusses.

*\*Bei Umbenennung der DGB-Kreise in DGB-Regionen entsprechend „Regionaldelegiertenversammlungen“.*

\*

## Weitere Themen

- Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit
- Keine Stimmen den Law-an-Order-Parteien
- Erhalt der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
- Einwanderungsrecht gestalten, Asylrecht erhalten
- Anteil der Entwicklungshilfe auf 0,7 % des BIP erhöhen
- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.

### Arbeitsgruppe

Auf Grund eines Antrags wird es beim DGB-Bundesjugendausschuss eine Arbeitsgruppe zum Thema Mitgliedschaft von Studentinnen und Studenten in Gewerkschaften geben.

Die Anträge findet ihr im vollen Wortlaut unter [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

\*

## Anträge – DGB intern

ANTRAG	ERGEBNIS
Rücktritt von Dieter Schulte	Ablehnung
Reorganisation des Hauses der Gewerkschaftsjugend zu einer zentralen Bildungs- und Begegnungsstätte	Annahme
DGB-Jugend wird Mitglied in Attac	Annahme
Entfristung der DGB-Jugendbildungsreferentenstellen	Annahme*
Erhalt der „ran“ – Zeitschrift der Gewerkschaftsjugend	Ablehnung

*\*Dieter Schulte hat auf der DGB-Bundesjugendkonferenz eine fünfjährige Befristung der Jugendbildungsreferentenstellen zugesagt.*

**Die DGB-Jugend will sich stärker in die politische Debatte einmischen und beschließt den Beitritt zum globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Von Beate Willms**

**D**er Antrag mit der Nummer 60 kam vom Bundesjugendvorstand der ver.di-Jugend und wurde sowohl von der IG Metall-Jugend wie auch DGB-Bundesjugendsekretärin Claudia Meyer vehement unterstützt. Und er war eine sehr konkrete Ansage: „Die DGB-Jugend fordert den DGB auf, Mitglied in Attac zu werden.“ Noch einen Schritt weiter ging der Änderungsvorschlag der Antragsberatungskommission: „Die DGB-Jugend wird Mitglied bei Attac und fordert den DGB auf, ebenfalls eine Mitgliedschaft anzustreben.“

Die Liste der Attac-Forderungen, die die DGB-Jugend aktiv unterstützen sollte, reichte von der stärkeren Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen bis zur Rückführung der Alterssicherung in solidarische Finanzierungssysteme. Warum ausgerechnet die Globalisierung das richtige Thema ist, um die Gewerkschaften politisch nach vorne zu bringen, hatten Jörg Reitzig von der Hochschule für Politik und Wirtschaft in Hamburg und Attac-Referent Thomas Fritz schon am Vortrag in einem Workshop zu vermitteln versucht. Reitzig zeigte auf, dass Globalisierung keine Erfindung des 20. oder gar 21. Jahrhunderts sei, sondern als Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung bereits mit der Entdeckung Amerikas im Jahr 1492 begonnen habe. Der Westfälische Frieden von 1648 und Kants Entwurf eines Weltbürgerrechts von 1795 hätten weitere Meilensteine bedeutet. Konkret sichtbar geworden sei die Globalisierung auf der ersten Weltausstellung, die 1851 in London stattfand, und später in den beiden Weltkriegen, der russischen Re-

volution von 1917ff. sowie dem 1944 installierten Weltwährungssystem von Bretton-Woods. Das Ende der Systemkonkurrenz habe dann 1989 die „Neue Weltordnung“ bedeutet.

Ökonomisch stelle sich die Globalisierung – anders als der Begriff vorspiegeln – als Spiel weniger Kräfte dar. So finde ein Drittel des gesamten Welthandels innerhalb der großen transnationalen Konzerne statt. Ein weiteres Drittel laufe über die Exporte eben dieser Konzerne – für die übrige Welt bleibe nur der Rest. Dabei konzentrierten sich die Warenströme auf die drei großen Blöcke: Nordamerika mit der Freihandelszone NAFTA, Westeuropa mit der Europäischen Union und Südostasien mit der ASE-

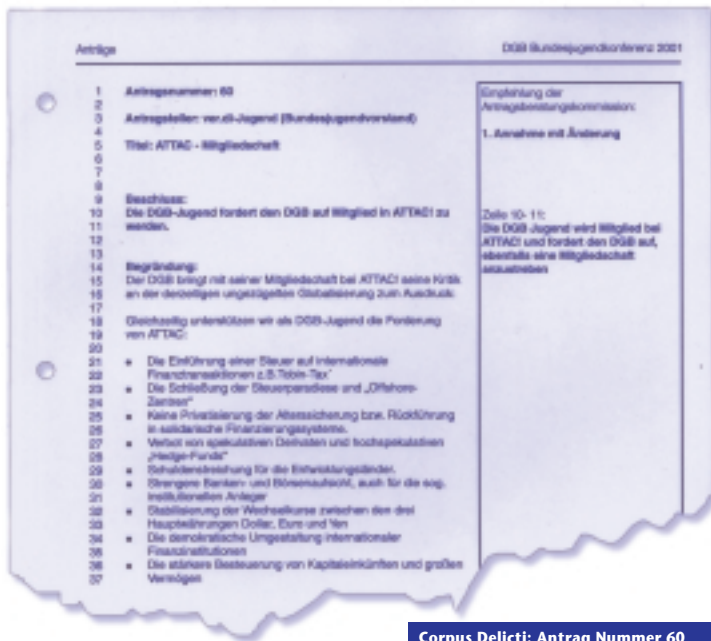
„Die Politik hat mit dieser Internationalisierung der Ökonomie nicht Schritt gehalten“, so Thomas Fritz. „Weder die nationalstaatlichen Regierungen, noch die Gewerkschaften noch die sozialen Bewegungen.“ Das sei die Motivation zur Gründung von Attac gewesen, das sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegung begreift. Die Mitglieder haben den inhaltlichen Grundkonsens, dass sie die „gegen-

**„Die Globalisierung ist eigentlich eine Triadisierung.“  
 Jörg Reitzig**

wärtige Form der Globalisierung, die primär an Gewinninteressen orientiert ist“, ablehnen, die Frage nach wirtschaftlicher Macht und Verteilung stellen und sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten, Demokratie und umweltgerechtes Handeln einsetzen wollen. Mitglieder können Einzelpersonen, lokale Gruppen und Verbände wie Gewerkschaften oder so genannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden.

Eben mit dieser „innovativen Struktur“ (Attac) hatten die Delegierten auf der Bundesjugendkonferenz denn auch die größten Schwierigkeiten. „Kann man mich denn zwingen, Mitglied zu werden?“ fragte mehr als einer. Andere befürchteten, bei einer Attac-Mitgliedschaft der DGB-Jugend plötzlich „mit Chaoten und Steinewerfern in einen Topf geworfen“ zu werden. Ihnen konnte man nur sagen, was Fritz im Workshop schon versucht hatte, deutlich zu machen: Attac erhebt keinen Führungsanspruch und sieht sich nicht identisch mit der globalisierungskritischen Bewegung, sondern als eigenständige Organisation. Den Vorschlag von DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock, den Antrag auf Beitritt zu Attac nur als „Motivation zu sehen, dass wir stärker in die Debatte um Globalisierung einsteigen sollten“ und die Entscheidung über die Mitgliedschaft ansonsten dem Einzelnen zu überlassen, mochte die Mehrheit denn aber doch nicht folgen – dann doch eher der Argumentation von IG Metall-Vertreter Thomas Kalkbrenner: „Wir brauchen den Zugang zur Bewegung von unten.“ ■

Weitere Informationen unter [www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)



Corpus Delicti: Antrag Nummer 60

AN-Zone. Reitzig: „Die Globalisierung ist eigentlich eine Triadisierung.“

Ein großes Problem seien die unkontrollierbar gewordenen Finanzmärkte, auf denen täglich Devisentransfers in Höhe von zwei Billionen US-Dollar stattfinden. Ergebnis: 90 Prozent der Transfers sind spekulativ und vollkommen losgelöst von realen Wirtschaftsentwicklungen. Will heißen: Geld wird nicht in Produktion und Arbeitsplätze investiert, sondern dort, wo es am meisten Gewinn verspricht, also auf dem Aktienmarkt.

# „DGB macht Spaß“

Zoff gibt's immer – aufgeregt wurde sich unter anderem über die Arbeit der Antragskommission oder sonst wie Organisatorisches bis hin zum Bierpreis in der Kneipe, obwohl es am Hotelbuffett sogar den Kaviar umsonst gab. **Stimmen.**

■ Klar, Dieter Schulte hat sich nicht viel Zeit genommen. Aber die Vorsitzenden der großen Einzelgewerkschaften waren auch nicht da – das hätte er uns um die Ohren hauen können. Klar ist, dass wir politisch aktiver werden müssen. Nur: Ein politisches Leitbild sind die Gewerkschaften nicht mehr unbedingt – wir sind oft zu sehr mit uns selbst beschäftigt. Die Konferenz war gut organisiert.



Joachim Langecker, Bundesjugendsekretär NGG

■ Unsere Erwartung an die Gewerkschaftsjugend: links und kämpferisch Arbeitnehmerinteressen vertreten. Die Dominanz des Ökonomischen muss durchbrochen werden.

Felix und Eva

■ Wir stehen zur Nato.

Ralf Becker, IG-BCE-Bundesjugendsekretär

■ Wir müssen raus aus der Nato.

Jan Engelhardt, IG Metall, Abteilung Jugend

■ Für die Bundesregierung zählt die Jugend nicht mehr. Die Klientel ist jetzt 45+.

Ole Erdmann, IG Metall



■ 1. Die Bundesjugendkonferenz war eine sehr gelungene Sache. Selbst die nüchterne Hotel-Atmosphäre konnte positiv gestaltet werden.

2. Die Stimmung zwischen den Delegationen war erfreulich entspannt. Manche Spielchen müssen anscheinend sein, sonst fühlen sich einige wahrscheinlich nicht wohl. Zur entspannten Stimmung hat vor allem die sehr gute Arbeit der Antragsberatungskommission beigetragen.

3. Das Freizeitprogramm war klasse. Sowohl die Salsa-Nacht (inkl. Flying Buffet) als auch der Bowlingabend hatten für alle das Passende.

Thomas Rudner, DGB-Landesjugendsekretär Bayern

■ Die Bundesjugendkonferenz schließt den Kreis der Jugendarbeit. Aber es war schwie-

rig, hier mit allen Argumenten rüberzukommen – da ist es egal, wer auf dem Podium saß. Wichtig war doch, Positionen zu formulieren und dahinter zu stehen – Zwischenrufe und Angriffe auf Personen waren da fehl am Platz. Das haben wir als Gewerkschaftsjugend nicht nötig. Immerhin sind wir der größte politische Jugendverband in

## VORGESTELLT Mareike Thun



Mit ihren 18 Jahren war Mareike die jüngste Delegierte auf der Konferenz. Die Auszubildende und JAVine von der Deutschen Telekom wurde vom Landesverband DGB Nord hingeschickt, wo sie Mecklenburg-Vorpommern vertritt. Einen Antrag hatte sie mitgebracht, und der war von der Antragsberatungskommission zur Nichtberatung vorgesehen. Das frustriert. Mareike: „Mit drei Leuten ist die Delegation auch zu klein, um ordentlich was vorzubereiten.“ Die Bundesjugendkonferenz war ihre erste große Konferenz. „Ich hab schon etwas Angst, nach vorne zu gehen“, sagt sie. Aber die Themen seien einfach zu wichtig.

Übernahme zum Beispiel. Mit der so genannten zweiten Schwelle hin zum festen Arbeitsverhältnis muss sie selbst demnächst klar kommen: Die Telekom hat immerhin die Übernahme der Azubis zugesagt – allerdings ist unklar, ob sie auch in ihrer Region bleiben können. Und da hat Mareike Prioritäten: „Ich will in der Nähe meines Freundes bleiben können.“

bw

Deutschland und haben dementsprechend politische Schlagkraft. Die Zukunft der Gewerkschaftsjugend kann ich nur positiv sehen: Unsere Themen sind gefragt. Da ist es egal, welche Regierung an der Macht ist. Nur: Wir haben die Regierung bekommen, die wir wollten. Jetzt fehlt uns das Wissen zur Kritik.



Tanja Fischer, DGB-Jugend Bayern

■ Wir als (konferenzfahrene) Delegierte finden es schade, dass eine so wichtige

Konferenz durch derartige Organisationsmängel in ihrer Effektivität eingeschränkt war. (...) Die Effektivität wäre u.E. besser gewährleistet, wenn unsere Anregungen das nächste Mal berücksichtigt würden.

Christian Velsink, Jennifer Schmidt, IG Metall Baden-Württemberg

■ Ich war das erste Mal auf der Konferenz, meine Erwartungen sind übertroffen worden. Es war total super, die Leute, die Abendveranstaltung usw. Allerdings fand ich es sehr schade, dass ein Delegierter sehr abwertend sprach, z.B. sagte er: „Dass könnt ihr ja gar nicht wissen, schließlich wart ihr letztes Mal nicht dabei“ oder „Hier im Raum sind sowieso nur vier Leute, die Ahnung von Atomenergie haben.“ Viele Grüße an mein Bowlingteam, ihr wart echt super, hat Spaß gemacht.

Sabrina

■ Jetzt muss ich den einen Delegierten doch mal verteidigen. Die Leute, die sachlich über Atomenergie sprechen können, waren nicht dabei. Und die Berichte, die in den Medien über den Atomkonsens gebracht wurden sind sicherlich nicht die genauesten, wo wirklich jeder Punkt berücksichtigt wurde. Atomenergie ist momentan mit die sauberste Energie.

So Glück auf, Jan

■ In einigen Punkten kann ich dir Recht geben. Allerdings finde ich die Aussage des einen Delegierten nicht gerade berauschend, ich weiß nicht, woher er wissen möchte, dass kaum einer genügend Ahnung von Atomenergie hat. Da er garantiert nicht alle kennt. Bei mir kam es ziemlich oberflächlich rüber.

Gruß Sabrina

■ Ich fand die ganze Diskussion über die Atomenergie ein wenig gestreckt und war froh als sie endlich vorüber war. Ich denke, dass hätte man ganz schön abkürzen und dafür andere wichtige Anträge ausreichend erläutern können, die leider auf der Strecke geblieben sind. Ansonsten war es eine super Veranstaltung, da muss ich dir recht geben.

Sebastian, NGG Nord

■ DGB macht Spaß!!!

JM

# Die Presse

## Zum Flieger

„Noch immer finden zu wenig junge Menschen den Weg zu den Gewerkschaften“, erklärte DGB-Chef Dieter Schulte vor den Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz. Die Veranstaltung war freilich noch keine Stunde zu Gange, schon war die erste Unmutäußerung zu hören: „Schade dass du nur ein Grußwort hältst. Wir wünschen uns, dass du mindestens für einen Tag an unserer Konferenz teilnimmst und mitbekommst, was uns unter den Nägeln brennt“, forderte ein Jugendlicher. Er müsse Prioritäten setzen und pünktlich zum Flieger, entschuldigte sich der DGB-Chef, aber die Jugend „genießt einen hohen Stellenwert“.



Das kurze Geplänkel machte das Dilemma der Gewerkschaftsjugend deutlich: Erwachsene interessierten sich zu wenig für ihre Belange, war eine oft gehörte Klage. Zudem gelten Gewerkschaftsjugendsekretäre, die jenseits des 40. Lebensjahres sind – was keine Seltenheit ist – unter Jugendlichen nun mal als alt, „auch wenn sie sich noch so schick die Haare föhnen oder bunte Klammotten anziehen“, wie ein Jugendlicher lästerte. Das Durchschnittsalter der 117 Delegierten lag bei 25,4 Jahren, es befanden sich aber nur 28 junge Frauen darunter. Vor allem die Männer meldeten sich zu Wort, und immer wieder griffen die hauptamtlichen Jugendsekretäre ein. „Die müssten viel zurückhaltender sein“, monierte Benjamin Apeloig von der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG).

„Frankfurter Rundschau“, Frankfurt/Main

## Glaubwürdigkeit

Die deutschen Gewerkschaften sollen ihre Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien klarstellen und sich wieder stärker an außerparlamentarischen Bewegungen beteiligen. Das hat die Bundeskonferenz der DGB-Jugend gefordert. Mit dem Eintreten für den Politikwechsel 1998 habe man sich auf SPD und Grüne als Partner festgelegt. Dieser Fehler habe die Gewerkschaften viel an Glaubwürdigkeit gekostet. Als ersten Schritt beschlossen die Delegierten aus den Landesverbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Einzelgewerkschaften, als DGB-Jugend in das globalisierungskritische Netzwerk Attac einzutreten.

„die tageszeitung“, Berlin  
 (Eine leicht schräge Debatte findet sich im Chat zum Artikel unter [www.taz.de/taz/forum/index.php?dat=2001-12-03&nr=66.](http://www.taz.de/taz/forum/index.php?dat=2001-12-03&nr=66.))

## Gegen Krieg

Die ver.di-Jugend spricht sich gegen den Krieg aus. Das heißt, wir sind auch gegen einen Bundeswehreininsatz. Krieg ist für uns der falsche Weg als Mittel von Konfliktbewältigung. Es trifft immer die Falschen, nämlich die Zivilbevölkerung. Der Landesverband Baden-Württemberg stellt jetzt im Gewerkschaftsrat ein Papier zur Abstimmung, in dem es sinngemäß heißt, dass dieser Krieg den Terror fördere und der Verteidigung des Status quo zwischen Arm und Reich auf der Welt diene. Das wird in aller Deutlichkeit verurteilt, und ich hoffe, dass wir für diese Haltung eine Mehrheit finden.

Sinan Öztürk, ver.di-Jugend, im Gespräch mit der Wochenzeitung „Jungle World“, Berlin

## Aufgaben

Die ausdrückliche Benachteiligung von Jugendlichen wird auch nicht durch die von den Gewerkschaften gelobte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes beendet. Die vom DGB geforderten erweiterten Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmervertreter bei befristeten Arbeitsver-

hältnissen konnten nicht durchgesetzt werden.

Ein großes Manko dieser Reform ist auch, dass weiterhin keine Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählt werden kann, wenn ein Betriebsrat nicht existiert.

„Neues Deutschland“, Berlin

## „Best practice“

Bundesjugendkonferenz des DGB zwischen Mitgliederschwund und Aufbruchstimmung: Der Trend ist eindeutig. Der Anteil junger Menschen unter 25 liegt bei den Mitgliedern des DGB nur noch bei 6,7 Prozent. Nach dem Prinzip „Best practice“ soll an Ideen junger Gewerkschafter angeknüpft werden, die diese dezentral erfolgreich umgesetzt haben. Ein Beispiel ist die von der sächsischen DGB-Jugend initiierte Kampagne „Courage zeigen“.

„junge Welt“, Berlin

**impresum**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
 Verantwortlich für den Inhalt:  
 Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:  
 DGB-Bundeschvorstand, Abt. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel. 030/240 60-172, Fax -409, M: 0171/140 85 99

E-Mail:  
 jkiontke@web.de

Internet:  
<http://www.ausbildung.dgb.de/published/2/46.htm>

Druck:  
 toennes satz + druck gmbh, Erkrath

Redaktion:  
 Jürgen Kiontke, Beate Willms

Grafik:  
 Heiko von Schrenk

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

## Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.  
 Bitte vor Erhalt der Rechnung kein Geld überweisen.

AN  
 DGB BUNDESVORSTAND, ABT. JUGEND  
 SOLI AKTUELL  
 HENRIETTE-HERZ-PLATZ 2  
 10178 BERLIN

- Ja, ich möchte Soli aktuell drei Monate lang kostenlos zur Probe abonnieren.
- Ja, ich möchte Soli aktuell abonnieren. Für den Preis von 7,70 Euro erhalte ich 12 Ausgaben der Soli aktuell (Bitte das Geld erst nach Erhalt der Rechnung überweisen).
- Ich möchte mehrere Exemplare der Soli aktuell bestellen. Ich bezahle für das erste Exemplar der Soli aktuell 7,70 Euro, für alle weiteren werden nur die zusätzlichen Portokosten erhoben. Diese betragen beispielsweise jährlich bei 2 bis 30 Exemplaren 9,20 Euro, bei 31 bis 60 Exemplaren 38,50 Euro. (Weitere Angaben bitte telefonisch unter 0211/43 01-181 bei der Abt. Jugend des DGB erfragen.) Bitte das Geld erst nach Erhalt der Rechnung überweisen. Kündigungsfrist drei Monate zum Juni eines jeden Jahres.

Vorname / Name .....

Organisation / Funktion .....

Straße .....

PLZ / Ort .....

Unterschrift .....